

Nationalitätenkonzeptionen im kommunistischen Ungarn*

Die Nationalitätenpolitik Ungarns beruhte nach der sowjetischen Besetzung des Landes auf fremden Elementen. Folglich ist sie nicht zu verstehen, ohne die sogenannte »leninistische« beziehungsweise die »leninistisch-stalinistische« Nationalitätenpolitik kennengelernt zu haben. Deshalb fassen wir die wesentlichen Bestandteile dieser beiden Begriffe kurz zusammen.

Die Ansichten Lenins haben sich schrittweise in etwa zwei Jahrzehnten geprägt. Die Herausbildung seiner Thesen bewegt sich vom Allgemeinen zum Konkreten, von der Staatsform ausgehend über die Frage der Nation hin zu den nationalitätenpolitischen Prinzipien und später zu den praktischen Fragen. Erst nachdem die Staatsform der Sowjetunion geklärt worden war, wurde offensichtlich, daß eine Lösung der Nationalitätenfrage nicht zu vermeiden war. Zu dieser Zeit trennte Lenin jedoch die Begriffe »Nation« und »Nationalität« nicht scharf voneinander. Er benutzte beide Ausdrücke parallel und synonym.

Zum ersten Male befaßte sich Lenin 1903 mit der Nationalitätenfrage. Damals ordnete er die nationale Selbstbestimmung den Interessen des Klassenkampfes unter, obwohl er ihre Geltung in bestimmten Situationen nicht ausschloß. Zum Selbstbestimmungsrecht äußerte er sich 1914 wieder. Da vertrat er die Meinung, daß die Klassensolidarität nur in freiwilligen Beziehungen günstig zu lösen sei. »Unter Selbstbestimmung der Nationen sind die Trennung des Staates von fremden nationalen Bindungen, die Gründung eines selbständigen Nationalstaates, zu verstehen«, erklärte er.

Im Zusammenhang mit der Pogromstimmung in Rußland beschäftigte er sich im Jahre 1914 auch mit Fragen der »Nationalitätenpolitik«. Er wandte sich gegen jene Parteien, die die großrussischen Bestrebungen und Privilegien unterstützten. Hinsichtlich der nationalen Selbstbestimmung mahnte er jedoch zur Vorsicht. Er erörterte das Thema der Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Diskussion über den Gesetzesentwurf, der die Beschränkung der Nationalitäten aufheben sollte. Die Politik der Unterdrückung der Nationalitäten sei eine Politik der Teilung der Nationalitäten. Dies widerspreche auch den Interessen der Arbeiterklasse. Er betrachtete die Unterdrückung der Völker fremder Muttersprache als ein Schwert mit einer Doppelklinge, das außer den Nationalitäten auch dem

* Vortrag gehalten auf der Tagung des Ungarischen Instituts München „Die Nationalitätenfrage in den Konzeptionen der Parteien und Geistesströmungen im Ungarn des 20. Jahrhunderts“, Fünfkirchen (Pécs), 21.-23. Oktober 1994.

russischen Volk schade. Die totale Gleichberechtigung und das Streichen sämtlicher Privilegien hielt er für erforderlich.

Die Politik des die Staatsgewalt ergreifenden Proletariats sei bestrebt, die Annäherung der Arbeiter und Bauern sämtlicher Nationen und deren Vereinigung zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu verwirklichen, schrieb Lenin 1919. Dazu hielt er die vollständige Befreiung der Nationen, ihre Selbständigkeit und ihre freiwillige Vereinigung für nötig. Er machte die Arbeiterklasse der unterdrückenden Nationen aufmerksam, daß sie eine besondere Vorsicht an den Tag legen sollte, um das Nationalgefühl der unterdrückten Nationen keinesfalls zu verletzen. Sie sollten nicht nur die politische Gleichberechtigung, sondern auch die Entwicklung ihrer Sprache und Literatur unterstützen.

In seinen für den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale entworfenen Thesen führte Lenin aus, daß die bürgerlichen Demokratien das Problem der nationalen Gleichrangigkeit nur formal und abstrakt gelöst hätten. Die Lehre für das Proletariat sei, daß man von der konkreten geschichtlichen Situation und von der Unterscheidung zwischen unterdrückender und unterdrückter Nation hinausgehen und eine Politik praktizieren müsse, welche die Nationen und Nationalitäten nebeneinander stellt. Eine Föderation betrachtete er als Übergang zu einer umfassenden Vereinigung. Die Aufgabe der Komintern sah er in der Weiterentwicklung der Föderationen und im Ausbau enger wirtschaftlicher Kontakte. Die kommunistische Nationalitätenpolitik darf sich nach Lenin in den innerstaatlichen Relationen nicht nur auf die Anerkennung der bürgerlich-demokratischen Rechte beschränken. Er hielt allein das Sowjetsystem zur Sicherung der Gleichberechtigung der Nationalitäten geeignet, indem es das Proletariat und später die ganze Nation im Kampf gegen die Bourgeoisie vereint und dabei den Kampf für die nationale Unabhängigkeit unterstützt.

Die Ereignisse haben die Vorstellungen des schwerkranken Lenin überholt. 1922 fühlte er sich dafür verantwortlich, daß er sich in die Nationalitätenpolitik nicht einmischen konnte und diese eine negative Richtung eingeschlagen hatte. Er analysierte im nachhinein die neuentstandene Situation. Er machte sich Sorgen wegen eines Berichts von Dzeržinskij über einen Zwischenfall in Georgien, wegen des gewalttätigen Auftretens Ordžonikidzes und wegen der übertriebenen Dienstbeflissenheit Stalins.

Im selben Jahr 1922 grenzte Lenin den Nationalismus der unterdrückenden Nation von dem der unterdrückten Nation ab. Der Internationalismus der großen Nation müsse die formale Gleichheit der Nationen achten, dabei jedoch die in der Praxis entstandenen Ungleichheiten ausgleichen. Als lebenswichtig für das Proletariat betrachtete er, daß die Nationalitäten einander vorbehaltlos vertrauen und sich auf den Klassenkampf verlassen. Für die Klassensolidarität des Proletariats wußte er kein größeres Hindernis als die Ungerechtigkeit gegenüber Nationen (Nationalitäten). Deshalb erklärte er, daß »man die Nachgiebigkeit gegenüber na-

tionalen Minderheiten gegebenenfalls lieber übertreiben soll als umgekehrt«.

Die nationalitätenpolitischen Vorstellungen Lenins wurden immer konkreter, wobei er die nationale beziehungsweise die Nationalitätenpolitik als Mittel des Klassenkampfes betrachtete. Sein sogenanntes »Testament«, das zu Lebzeiten Stalins nicht veröffentlicht und von dem auch nachher jahrzehntelang geschwiegen wurde, endet mit einem Entwurf praktischer Maßnahmen. Hier hielt er an der strengen Regelung der Rechte der zu den Sowjetrepubliken gehörenden Nationalitäten zum Gebrauch ihrer Muttersprachen fest. Er dachte auch an ausführliche Gesetzbücher, die von den einzelnen Republiken erarbeitet werden sollten. Er sah die Erhöhung der Selbständigkeit der einzelnen Republiken und die gemeinsame Führung nur im militärischen und diplomatischen Bereich vor. Das Verbindungselement sollte das Ansehen der Partei sein.

Vor 1917 hatte Lenin die Idee der territorialen Autonomie noch verworfen. Vor seinem Tode unterstützte er sie jedoch entschlossen. Er hielt den »demokratischen Zentralismus« als Regierungsprinzip für geeignet, die Selbstverwaltungen zusammenzufassen, aber er verwechselte ihn nicht mit der Willkür in Rußland. Neben der territorialen Autonomie hielt er auch die auf demokratische Art und Weise zustandegebrachten Selbstverwaltungen für wichtig. Deren Grenzen sollten seiner Meinung nach nicht von oben festgestellt werden, sondern die Bevölkerung solle die wirtschaftlichen Bedingungen, die Lebensverhältnisse und die nationale Zusammensetzung in Betracht ziehen. Die Amtssprache sollte von den kommunalen Institutionen festgelegt werden. Sie sollten sich in entsprechendem Maße an den staatlichen Ausgaben beteiligen und man sollte ihnen die kulturellen Voraussetzungen schaffen. Abteilungen in Schulen, Museen, Bibliotheken und Theatern sollten für die Minderheiten eingerichtet werden. Für den Fall der Verletzung der Nationalitätenrechte beabsichtigte er eine Möglichkeit juristischer Korrektur einzuräumen.

In der Praxis setzte sich jedoch von den zwanziger Jahren an die stalinistische Willkür durch, die weder auf die Rechte der Nationalitäten noch auf die Freiheitsrechte der Staatsbürger Rücksicht nahm. Diese wurden auf dem Altar des totalitären Staates aufgeopfert.

Die Ungarische Kommunistische Partei (*Magyar Kommunista Párt*) beziehungsweise die Partei Ungarischer Werktätiger (*Magyar Dolgozók Pártja*), wie sie nach der Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1948 hieß, bezeichnete ihre Nationalitätenpolitik immer konsequenter als »leninistisch-stalinistisch«. Der Inhalt des Begriffes wurde jedoch nicht definiert. Diese Nationalitätenpolitik war eindeutig stalinistisch, sie erhielt das Attribut »leninistisch« nur als Verbrämung nach außen. Dieser Slogan könnte zwar von Lenin stammen, jedoch nicht aus dem späteren Abschnitt seines Lebens, der unter den gegebenen Umständen sogar als »modern« hätte betrachtet werden können, sondern aus dem früheren Lebensabschnitt, als selbst Lenin noch den Primat des Klassenkampfes ver-

kündete. In das eroberte Ungarn »exportierten« die Besatzer diese Prinzipien, und zwar mit Hilfe der ehemaligen Moskauer Emigranten um Mátyás Rákosi, die in der Umgangssprache als »Moskowiter« bezeichnet wurden.

Die Grundlagen für die Nationalitätenpolitik des von der Koalition der demokratischen Parteien geführten Ungarn stellte das am 30. November 1944 veröffentlichte Programm der Ungarischen Kommunistischen Partei dar; es hieß „Programm für den demokratischen Aufbau und Aufstieg Ungarns“. Dieses wurde auch von der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront zum Aktionsprogramm gemacht: »Wir müssen mit der ungarischen imperialistischen Wahnvorstellung, mit dem reaktionären Trugbild Groß-Ungarn brechen. Man muß jenen Bestrebungen ein für allemal ein Ende setzen, die unter dem Vorwand der führenden Rolle des Ungarntums die Herrschaft über die Völker des Donaubeckens zum Ziel haben« – steht im einschlägigen Teil des Programms. In der von den Moskowitern Ernő Gerő und József Révai verfaßten Programmklärung war die interne Nationalitätenpolitik des Landes nicht erwähnt. Auch den von den inländischen Kommunisten erarbeiteten Entwurf haben sie außer acht gelassen.

Auch im Programm der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront läßt sich kein Hinweis auf eine Politik gegenüber den im Lande lebenden Nationalitäten finden. Die Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront nahm zugunsten der Sicherung der demokratischen Freiheitsrechte Stellung. Sie setzte sich jedoch über das Programm der UKP hinaus zur Aufgabe, daß man die Presse, den Unterricht, die Kultur und das öffentliche Leben von dem völkerfeindlichen faschistischen Geist, vom rassistischen und nationalen Haß befreien müsse.

In Ermangelung von nationalitätenpolitischen Prinzipien wurde die Nationalitätenpolitik von der innen- und außenpolitischen Situation, vom Wettkampf der Koalitionsparteien um die Macht bestimmt. Das schwierigste Problem stellte das Vorhaben dar, die Angehörigen der deutschen Nationalität ihrer Rechte zu berauben und einen Teil von ihnen nach Deutschland auszusiedeln sowie den ungarisch-tschechoslowakischen Bevölkerungsaustausch in die Wege zu leiten. Dazu kam es trotz der prinzipiellen Ablehnung der kollektiven Verantwortung.

Die politischen Prinzipien bezüglich der in Ungarn lebenden Nationalitäten wurden bei der bereits erwähnten Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im Jahre 1948 festgelegt. In der Programmklärung wurden die Deutschen, wie es hieß: entsprechend der bis dahin üblichen Praxis, nicht als Nationalität berücksichtigt. (Wann und wo dies Praxis »üblich« war, wurde aber nicht zum Ausdruck gebracht.) Das Programm der Partei der Ungarischen Werktätigen erwähnt neben der Gleichberechtigung der Bürger auch die kollektiven Rechte der Nationalitäten: »Bezüglich – der im Lande lebenden – Nationalitäten (Südslawen, Rumänen, Slowaken und andere) setzt sich die Partei – neben der vollständigen bürgerlichen

Gleichberechtigung – für die Entwicklung ihrer fortschrittlichen Nationalitätenkultur, für ihre vollkommen freien politischen Bewegungen, für den freien Kulturaustausch und Kontakt mit den in den Nachbarländern lebenden Mutternationen ein«.

Laut nachträglicher Bewertung in den achtziger Jahren waren die leninistischen Forderungen nach Gleichberechtigung der Nationalitäten im Programm enthalten. Das Programm sprach jedoch nicht von den beiden Grundelementen des Nationalitätendaseins, nämlich vom Nationalitätenunterricht und vom Gebrauch der Muttersprache.

Nach einem Beschluß, der im Herbst 1948 von dem unter sowjetischem Einfluß arbeitenden Informationsbüro, dem höchsten ideologischen und politischen Organ der kommunistischen Parteien, gefaßt wurde, kam es zur Diskriminierung der Südslawen, was mit dem gemeinsamen, selbst mit etwas Kriegshysterie behafteten Auftritt gegen das von Tito geführte Jugoslawien in Zusammenhang stand. Die Entrechtung der Ungarndeutschen wurde 1950 durch eine Rechtsverordnung aufgehoben, ihre Nationalitätenrechte erschöpften sich jedoch in einem Nationalitäten-Sprachunterricht in zwei Wochenstunden, der bis 1960 nicht einmal die Hälfte der deutschen Schulpflichtigen umfaßte. Im politischen Leben wurde die deutsche Bevölkerung noch lange Zeit hindurch nicht als Nationalität berücksichtigt.

Zur Aufdeckung der Fehler, zu der im Leben der kommunistischen Parteien so häufigen Selbstkritik, kam es erst im Frühjahr 1956 nach dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Der Kongreß hat nämlich die aus dem stalinistischen Personenkult resultierenden Rechtsverstöße enthüllt. Zu dieser Zeit beschloß die zentrale Leitung der Partei der Ungarischen Werktätigen die Förderung des Unterrichts der Schüler deutscher Nationalität sowie die politische, kulturelle und Unterrichtstätigkeit im Kreise der Nationalitäten. Der Beschluß verpflichtete die Organisationen der Partei und des Staates sowie die Massenorganisationen, der Nationalitätenpolitik Geltung zu verschaffen. Das Ziel war dabei, die Nationalitäten mehr in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen, was man durch Förderung der Muttersprache, Pflege der Volkskultur und Aufhebung der zwischen den Nationalitäten bestehenden Spannungen zu verwirklichen suchte.

Nach der Niederschlagung der Revolution 1956 wurde die Nationalitätenpolitik, natürlich eine unter der Berücksichtigung eigener Standpunkte gestaltete Nationalitätenpolitik, 1958 von der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (*Magyar Szocialista Munkáspárt*, MSZMP), die ebenfalls unter Mitwirkung der Sowjetunion entstanden war und die sich zwar »sozialistisch« nannte, vorerst jedoch den alten Traditionen folgte, geklärt. Es wurde festgestellt, daß diese Politik den »marxistischen Grundprinzipien« entspreche. Die MSZMP forderte das Ministerium für Kultur auf, den Bedarf an Muttersprachenunterricht zu decken sowie mit den Nationalitätenverbänden, darunter auch mit dem im Jahre 1955 gegründeten

deutschen Verband, zusammenzuarbeiten. Dadurch, daß dieser Beschluß zur Geltung kam, wurde die »Automatismusthese«, das heißt, daß das Vorwärtskommen der sozialistischen Revolution die Nationalitätenprobleme automatisch lösen beziehungsweise beseitigen würde, bis Mitte der 1960er Jahre aus dem Denken der staatlichen und der Parteiorganisationen verdrängt. Es wurde offensichtlich, daß die Nationalitätenfrage während des sozialistischen Aufbauprozesses allein durch die Anwendung der internationalistischen Grundsätze nicht automatisch gelöst wird. Es wurde offensichtlich, daß man sich mit der Nationalitätenfrage beschäftigen muß. Als eines der Mittel dafür erkannte man den Neubeginn der Nationalitätenforschungen. Das Gesellschaftswissenschaftliche Institut des Zentralkomitees der MSZMP nahm 1966 die Untersuchung der Nationalitätenfrage und Nationalitätenpolitik in Ungarn in seine Forschungsthemen auf.

Das Politbüro beschäftigte sich 1968 erneut mit der Nationalitätenfrage. Es wurde festgelegt, daß die vor zehn Jahren zugrundegelegten Prinzipien richtig seien, so daß keine neue Stellungnahme verabschiedet wurde.

Die als Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung erstellte nationalitätenpolitische Konzeption wurde Bestandteil des neuen, am 11. Kongreß der MSZMP im Jahre 1975 gebilligten Parteiprogramms: »Die in Ungarn beheimateten Nationalitäten sind als Staatsbürger gleichberechtigt, können ihre Muttersprache an den Foren der Staatsverwaltung und des öffentlichen Lebens frei benutzen, sie können in ihrer Muttersprache lernen und ihre sich im Geiste des Sozialismus entwickelnde Nationalitätenkultur pflegen. Sie beteiligen sich als gleichberechtigte Staatsbürger an der Arbeit der gewählten staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Körperschaften. Der Durchsetzung der Prinzipien der leninistischen Nationalitätenpolitik kommt eine bedeutende Rolle bei der Stärkung der inneren Einheit der sozialistischen Gesellschaften zu, und sie ist eine der unabdingbaren Voraussetzungen dafür, daß das Zusammenhalten der Völker der sozialistischen Länder enger wird und sich ihr gemeinsames Vorwärtsschreiten bis hin zum Kommunismus beschleunigt.« Das neue Programm war zwar etwas weiter gefaßt als die vorausgehenden Bestimmungen, aber in der Nationalitätenpolitik sah es noch immer nur ein Mittel zum Zweck. Die deutsche Nationalität wurde nicht erwähnt, jedoch auch nicht aus dem Nationalitätenstatus ausgegrenzt. Der Kongreßbericht des Zentralkomitees aber zählte *expressis verbis* die deutsche, slowakische, südslawische und rumänische Nationalität auf, deren Funktion unter anderem darin bestand, eine Brücke zwischen Ungarn und den benachbarten Staaten zu schlagen. Der Bericht befaßte sich mit der Situation und der Rolle der Staatsbürger anderer nationaler Herkunft in der Gesellschaft und erkannte die Rechte der Individuen und Nationalitätengruppen an, letztere natürlich ziemlich eingeschränkt. Er befaßte sich auch mit dem Unterricht und dem Sprachgebrauch der Nationalitäten sowie mit der Pflege von deren Kultur.

Der 12. Kongreß der MSZMP erweiterte 1980 die Aufgaben der Nationalitätenverbände in der Ausbildung zweisprachiger, bikultureller Staatsbürger, was als Element der internationalistischen Lösung der Nationalitätenfrage betrachtet wurde.

Der Beschluß des 13. Kongresses forderte 1985 zur Weiterführung der Realisierung des Programms auf, nachdem die erzielten Ergebnisse ausgewertet worden waren. Mehr als früher befaßte man sich dabei mit der Entwicklung der Freundschaft der Nationalitäten zu den Nachbarvölkern. Im Beschluß ist auch der Anspruch enthalten, daß die in den Nachbarländern lebende ungarische Nationalität ähnlich wie die Nationalitäten in Ungarn behandelt werden sollten. In einem längeren Abschnitt wurden die Beziehungen zu anderen Nationen erörtert. Die deutsche Nationalität hatte bis dahin nur mit der DDR intensive Kontakte gepflegt. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft auch die Beziehungen zu Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz erweitert werden könnten.

Die Veränderungen der nationalitätenpolitischen Prinzipien sind auch anhand der Entwicklung der Verfassung Ungarns zu beobachten. Diejenige vom Jahr 1949, größtenteils eine Übersetzung der sowjetischen Verfassung, spiegelt die Änderungen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens wider. Neben der allgemeinen Gleichberechtigung der Staatsbürger werden nur einzelne Spezialbereiche des Nationalitätendaseins geregelt: »Jegliche nachteilige Diskriminierung von Bürgern nach Geschlecht, Konfession oder Nationalität wird vom Gesetz streng bestraft.« (§ 49, Abs. 2.) Ungarn »sichert allen auf ihrem Territorium lebenden Nationalitäten die Möglichkeit des Unterrichts in der Muttersprache und die der Pflege der nationalen Kultur« (§ 49, Abs. 3).

Entsprechend den vorhin dargestellten politischen und gesellschaftlichen Änderungen wurden die diesbezüglichen Teile der Verfassung 1972 modifiziert. Die Formulierung der allgemeinen Rechte der Staatsbürger wurde im wesentlichen nicht geändert. Neben den früheren speziellen Bereichen erschien jedoch auch das Recht auf Benutzung der Muttersprache. Ein bestimmter Fortschritt vollzog sich in der Regelung des Muttersprachenunterrichts, indem die Verfassung nicht mehr nur die Möglichkeit anbietet, sondern auch das Ergebnis garantiert: Ungarn »sichert allen auf ihrem Territorium lebenden Nationalitäten die Gleichberechtigung, die Benutzung der Muttersprache, den Unterricht in der Muttersprache sowie die Wahrung und die Pflege der eigenen Kultur« (§ 61, Abs. 3).

Die Nationalitätenfrage blieb während der ganzen untersuchten Periode vom Internationalismus abhängig. Ihr wurde immer nur Platz eingeräumt, soweit dies das Grundprinzip des Kommunismus nicht störte. Die Periode zwischen 1945 und 1989 läßt sich auch in dieser Hinsicht in zwei Teile gliedern. Zur Zeit der totalitären Bestrebungen, im »Gulaschkommunismus«, kam die Sicherung der Nationalitätenrechte nicht einmal in Frage. Zwischen 1969 und 1989 erfolgte eine kleine Öffnung, die aber ziemlich eingeschränkt blieb und bei weitem nicht die Sicherung der wirt-

schaftlichen, politischen und kulturellen Selbstverwaltungen bedeutete. Sie zeigte sich am meisten im Bereich des Nationalitätenunterrichts, aber das machte sich nur quantitativ bemerkbar. Für den Nationalitätenunterricht blieb weiterhin der Sprachunterricht charakteristisch. Erst am Ende der Periode wurde der zweisprachige Nationalitätenunterricht in einigen Grund- und Mittelschulen versuchsweise eingeführt.

Dabei sei beachtet, daß eine scharfe Trennung zwischen Praxis und Deklarationen für das System charakteristisch war. Im praktischen Leben konnten die politischen Organe nichts mit der Nationalitätenfrage anfangen. Sie betrachteten sie zumeist als Sonderfall des Klassenkampfes und führten ihre Maßnahmen entsprechend den »von oben« kommenden Erwartungen als obligatorisches Soll aus. Die Nationalitäten wurden nicht nach ihren eigenen Wünschen gefragt. Sie haben ihre berechtigten Ansprüche in der Atmosphäre der Angst nicht einmal geäußert. Sie waren bestrebt, unbemerkt in der Masse zu leben. Es ist also kein Wunder, daß die Nationalitätenpolitik während der ganzen Zeitspanne im gesellschaftlichen wie im politischen Leben einen Fremdkörper darstellte.

Auswahlschrifttum

- Az MSZMP programnyilatkozata* [Programmatische Erklärung der MSZMP]. In: Népszabadság, 9. März 1975 [Beilage].
- Az MSZMP XII. kongresszusának jegyzőkönyve* [Das Protokoll des XII. Kongresses der MSZMP]. Budapest 1980.
- Az MSZMP XIII. kongresszusának határozata a párt munkájáról és a további feladatokról* [Beschluß des XIII. Kongresses der MSZMP über die Arbeit der Partei und die weiteren Aufgaben]. In: Népszabadság, 30. März 1985 [Beilage].
- Balogh Sándor – Birta István – Izsák Lajos* [u. a.]: *A magyar népi demokrácia története 1944-1962* [Die Geschichte der ungarischen Volksdemokratie 1944-1962]. Budapest 1978.
- Füzes Miklós*: *Az alsó- és középfokú nemzetiségi oktatás története Délkelet-Dunántúlon 1945-1985* [Die Geschichte des Grund- und Mittelschulunterrichts der Nationalitäten in Südost-Transdanubien 1945-1985]. Pécs 1990.
- Herczeg Ferenc*: *Az MSZMP nemzetiségi politikája* [Die Nationalitätenpolitik der MSZMP]. Budapest 1976.
- Kövágó László*: *A magyar kommunisták és a nemzetiségi kérdés* [Die ungarischen Kommunisten und die Nationalitätenfrage]. Budapest 1976.
- Kövágó László*: *A nemzetiségi kérdés a Magyar Népköztársaságban* [Die Nationalitätenfrage in der Volksrepublik Ungarn]. Budapest 1968.
- Lenin összes művei* [Lenins sämtliche Werke]. I, II, VII, VIII, XI, XII, XIII, XVII, XX, XXI, XXIII, XXIV. Budapest 1964.